

# «Puffs» soll es an den Kragen gehen

Immer mehr Länder verbieten die bei Jugendlichen beliebten Wegwerf-E-Zigaretten. Die Idee stösst auch in der Schweiz auf Anklang.

Remo Hess, Brüssel,  
und Christoph Bernet

Wassermelone, Himbeere oder Mango: Elektronische Einweg-Zigaretten gibt es in allen möglichen Geschmacksrichtungen. Sie kosten um die zehn Franken und finden gerade bei Jugendlichen reissenden Absatz. In den Schulen gelten die sogenannten «Puffs» (engl. dampfen, pusten) mittlerweile als regelrechte Plage. Und sie sind, anders als es ihre knallbunte Aufmachung vermuten lässt, weit davon entfernt, gesundheitlich unbedenklich zu sein: Mit einem Nikotinhalt von bis 20 Milligramm pro Milliliter machen sie schnell abhängig.

Als erstes Land in Europa hat Belgien nun die Reissleine gezogen: Per Anfang 2025 ist der Verkauf der Wegwerf-E-Zigaretten verboten. «Dieses schädliche Produkt zielt vor allem auf unsere Jugendlichen ab. Daher bin ich froh, dass ich sie vom Markt nehmen kann», sagt Gesundheitsminister Frank Vandenbroucke, nachdem er grünes Licht von der EU-Kommission erhalten hat.

Neben dem gesundheitlichen Aspekt geht es Belgien aber auch um den Umweltschutz: Die Batterien der E-Zigs sind in den meisten Fällen nicht wieder aufladbar. Sind die Wegwerf-Vapes leergeraucht, landen sie oft im Hausmüll. Ein Recycling-System gibt es nicht. Die Umweltbilanz ist katastrophal.

Ein EU-weites Verbot ist bislang zwar noch kein Thema. Mehrere Länder in Europa handeln aber selbstständig und wollen den Verkauf verbieten: Im Vereinigten Königreich hat Premier Rishi Sunak per April 2025 ein Verbot angekündigt. In Frankreich könnte es noch in



Bei Jugendlichen der Renner, bei Eltern verhasst: sogenannte «Puffs», elektronische Wegwerf-Zigaretten.

Bild: Tolga Akmen/EPA

diesem Jahr in Kraft treten. Und auch in Irland ist die Debatte fortgeschritten. Ausserhalb Europas hat Australien die Wegwerf-Vapes bereits verbannt. In Neuseeland ist ein Verbot beschlossen.

## Experte warnt: «Neue Generation von Süchtigen»

In der Schweiz hat der Walliser Nationalrat Christophe Clivaz (Grüne) ein Vape-Verbot, über das sich wohl viele Eltern freuen würden, im März 2023 per Mo-

tion aufs politische Parkett gebracht. Diese wurde mitunterzeichnet von Nationalratsmitgliedern aller Fraktionen. Noch ist das Geschäft nicht in der grossen Kammer behandelt worden.

Elektronische Einweg-Zigaretten sind laut Markus Meury von Sucht Schweiz ganz bewusst für jugendliche Konsumentinnen und Konsumenten designt worden: «Die bunten Farben, die Form und die vielen Aromen sprechen Jugendliche an, ebenso

wie die Werbung, die stark auf Influencer und Social Media setzt.»

Mit Erfolg, wie das vorletzte Woche erschienene Suchtpanorama 2024 zeigt: Der Nikotinkonsum unter den 15-Jährigen hat zugenommen, bei den Mädchen stärker als bei den Jungen. Diese Zunahme sei vor allem auf E-Zigaretten vom Typ Puff Bars (Einwegprodukt) zurückzuführen.

Für Markus Meury ist klar: «Damit wird eine neue Generation von Süchtigen herangezogen.» Deshalb hätten diese Pro-

dukte eigentlich kaum Daseinsberechtigung. Allerdings sei für Sucht Schweiz klar, dass ein Verbot angesichts des grossen Einflusses der Tabakindustrie schwer umzusetzen sei.

Diese Ansicht teilt Gesundheitspolitikerin Manuela Weichelt, Nationalrätin der Grünen aus Zug. Die Schweizer Politik ist sehr schizofren: «Wir klagen einerseits über die steigenden Gesundheitskosten, aber sind andererseits nicht bereit, effektiv gegen Produktion und

Konsum jener Produkte vorzugehen, welche die Leute krank machen.» Auch Weichelt spricht sich für ein Verbot von elektronischen Einweg-Zigaretten aus, nicht zuletzt auch wegen der starken Umweltbelastung.

## Bundesrat lehnt Verbot ab

Der Bundesrat lehnt ein solches Verbot ab. In seiner Antwort auf die oben erwähnte Motion Clivaz anerkennt er zwar die Attraktivität von Einweg-E-Zigaretten für Jugendliche. Ausserdem seien sie «im Hinblick auf die Kreislaufwirtschaft und die Ressourcenschonung ein kritisches Produkt». Doch die Branche arbeite derzeit mit einer auf Wiederverwertung spezialisierten Stiftung an einer Lösung, um Sammlung und Recycling von Einweg-E-Zigaretten zu verbessern.

Der Bundesrat lehnt ein Verkaufsverbot dieser Produkte in der Schweiz auch deshalb ab, weil es bislang kein EU-weites Verbot gibt. Ein Schweizer Alleingang würde hier ein neues technisches Handelshemmnis schaffen.

Ausserdem seien Massnahmen für einen besseren Schutz insbesondere von Jugendlichen bereits in die Wege geleitet. Im laufenden Jahr sollen die bereits vom Parlament beschlossenen Änderungen im Tabakprodukte- und Tabaksteuergesetz in Kraft treten. Sie beinhalten ein schweizweites Verkaufsverbot von E-Zigaretten an unter 18-Jährige. Bislang kannte nur rund die Hälfte der Kantone ein solches Verbot.

Und ausserdem werden bald erstmals Steuern auf E-Zigaretten erhoben, die bei Einwegprodukten höher ausfallen als bei aufladbaren Produkten.